

## Das Politische – eine Begriffsbestimmung mit Hannah Arendt und Carl Schmitt

Die Unbestimmtheit des Politischen ist ein Problem. Fernab von rein theoretischer Begriffsakrobatik steckt jede Definition des Politischen den Rahmen ab, innerhalb dessen die Regelung der gemeinsamen Belange überhaupt gedacht und damit praktisch umgesetzt werden kann. Was in einer Gesellschaft implizit oder explizit als politisch gilt, bestimmt deshalb die konkrete Ausgestaltung des Gemeinwesens, wer sich daran beteiligen und in ihm mitentscheiden darf. Diese fundamentale Bedeutung scheint jedoch im heutigen politischen Denken, geschweige denn in der empirischen Politikwissenschaft kaum präsent zu sein. Stattdessen wird – der sozialen Ausdifferenzierung folgend – bald jeder Bereich menschlichen Lebens als politisch etikettiert, wodurch dem Begriff jegliche Aussagekraft genommen wird. Eine politische Orientierungslosigkeit ist die Folge, die nur über eine explizite Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Kategorien behoben werden kann.<sup>1</sup> Selbstverständlich wäre es weder praktikabel noch wünschenswert, wenn jedem Artikel über das politische Tagesgeschehen eine weitschweifige theoretische Erörterung über die grundlegende Kategorie des Politischen vorausgeschickt würde. Es ist jedoch gerade die Aufgabe der Politischen Theorie als jener Disziplin, die »das Fach zusammenhält«,<sup>2</sup> sich über grundlegende Begriffe kontinuierlich zu verständigen und dadurch einigermaßen gesicherte Ankerpunkte bereitzustellen, die nicht nur den anderen Teilbereichen ein Arsenal gemeinsamer Begriffe bieten, sondern auch dem eigentlichen Politikbetrieb als Orientierung dienen können.

Das sahen mit Hannah Arendt und Carl Schmitt offenbar auch zwei der wirkmächtigsten politischen Denker des vergangenen Jahrhunderts so, die beide während Jahrzehnten um eine Begriffsbestimmung des Politischen rangen und dabei zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen gelangten. Wie es zu dieser Diskrepanz kommen konnte, insbesondere aber, in welchem Verhältnis die beiden Konzeptionen zueinander stehen, wird im Folgenden untersucht, um schließlich mit Rückgriff auf die beiden Ansätze einen belastbaren Begriff zu entwickeln. Zuvor ist jedoch auf die heute teilweise verbreitete Unterscheidung zwischen dem *Politischen* und der *Politik* hinzuweisen. Diese Differenzierung wird keineswegs einheitlich vorgenommen,

1 Eine solche Auseinandersetzung findet heute fast ausschließlich in poststrukturalistisch geprägten Diskursen statt, die jedoch nicht selten einer Ausweitung des Begriffs auf alle Lebenslagen aus theoretischer Sicht noch Vorschub leisten, selbst wenn sie sich der damit verbundenen Gefahren der Bedeutungsentleerung bewusst sind (beispielsweise Marchart 2010, S. 278 f.).

2 Straßenberger, Münkler 2007.

am sinnvollsten aber von Chantal Mouffe eingeführt, weswegen ihrer Herangehensweise hier gefolgt wird. Demnach ist das Politische auf die Philosophie bezogen, fragt also nach der Essenz der so bezeichneten Sache und bewegt sich deshalb auf der ontologischen Ebene. Die Politik hingegen ist Sache der Empirie, fragt nach konkret beobachtbaren Prozessen und bewegt sich auf der ontischen Ebene.<sup>3</sup> Weder Arendt noch Schmitt haben sich um diese Differenzierung gekümmert, es wird jedoch schnell klar, dass beide auf der Suche nach dem Politischen im hier vorgestellten Sinne waren, unabhängig von der tatsächlich verwendeten Terminologie. Dass diese sowieso nur sehr schwer durchzuhalten ist, liegt einerseits daran, dass beide Kategorien eng miteinander verzahnt sind, insofern Politik nur da stattfinden kann, wo das Politische gegeben ist, andererseits daran, dass mit *politisch* nur ein gemeinsames Adjektiv für beide Substantive existiert. Deshalb ist es weder möglich, das Politische ohne Rückgriff auf die Politik plausibel zu machen, noch die zwei Bereiche terminologisch immer sauber voneinander zu trennen. Beide Vorbehalte gilt es in den folgenden Ausführungen zu berücksichtigen.

Bereits die Biografien von Arendt (1906-1975) und Schmitt (1888-1985) offenbaren mehr Gegensätzliches als Gemeinsames, außer dass sich ihre Lebensdaten überschneiden und die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 für beide eine deutliche biografische Zäsur darstellte.<sup>4</sup> Auf der einen Seite die etwas jüngere, deutsch-jüdische Arendt, die Philosophie studiert hatte und erst durch die Ereignisse Anfang der 1930er Jahre aktiv politisiert wurde und sich daraufhin dem politischen Denken verschrieb. Als Jüdin war sie von den nationalsozialistischen Verfolgungen persönlich betroffen, es gelang ihr aber glücklicherweise, zunächst nach Frankreich, dann in die USA zu emigrieren. Dort versuchte sie, das Erlebte zu verstehen, was sie von anfänglichen Studien über den Totalitarismus zur Behandlung allgemeiner politiktheoretischer Probleme führte. Entsprechend wurde Arendt erst nach dem Zweiten Weltkrieg einem breiteren Publikum bekannt. Ganz anders der katholische, zeitlebens antisemitischer Einstellungen verdächtige Jurist Schmitt, der bereits in der Weimarer Republik als Professor des Öffentlichen Rechts eine prominente Stellung innehatte und in dieser Zeit seine produktivste Schaffensphase erlebte. Im Jahre 1933 arrangierte er sich erstaunlich schnell mit dem Nationalsozialismus und versuchte anfangs, sich als dessen Ideengeber zu profilieren, bevor er aus den eigenen Reihen angegriffen wurde wegen seiner früheren Unterstützung des Präsidialsystems und seines damaligen Umgangs mit jüdischen Berufskollegen. Damit war Schmitt nach allen Seiten kompromittiert. Zwar entging er nach Kriegsende einer Anklage in Nürnberg, aber ebenso wenig konnte er in der neuen Republik Fuß fassen, weshalb er den Rest seines Lebens im Exil in seiner Heimatstadt im Sauerland verbrachte und nur noch selten publizistisch hervortrat.

Ganz abgesehen von den inhaltlichen Divergenzen, auf die weiter unten eingegangen wird, hat der unterschiedliche Lebenswandel von Arendt und Schmitt, gepaart mit den teils diametral entgegengesetzten politischen Positionen, dazu

3 Mouffe 2005, S. 8.

4 Alle biografischen Angaben beziehen sich im Weiteren auf die beiden Standardwerke von Young-Bruehl 2015 für Arendt und Mehring 2009 für Schmitt.

geführt, dass manche Interpreten ein Zusammendenken der beiden quasi verbieten wollen.<sup>5</sup> Die Protagonisten selbst hegten hingegen keinerlei solche Vorbehalte. Zwar scheinen sie sich in den gemeinsamen Berliner Jahren 1930-1933 nicht persönlich begegnet zu sein,<sup>6</sup> die gegenseitige Wahrnehmung der publizistischen Tätigkeit war jedoch beträchtlich. Arendt hat Schmitt nicht nur ausführlich und genau gelesen, wie die zahlreichen Markierungen und Glossen in der hinterlassenen Bibliothek belegen, sondern auch in Denktagebüchern seine Thesen reflektiert. Angesichts dieser intensiven Auseinandersetzung mag es erstaunen und wäre eine eigene Untersuchung wert, dass sie in ihren Publikationen nur sporadisch auf dessen Werke verweist.<sup>7</sup> Umgekehrt hat sich Schmitt nicht ganz so eingehend mit Arendt auseinandergesetzt, was unter anderem dem Umstand geschuldet sein dürfte, dass er bei ihrer ersten großen Veröffentlichung bereits 63 Jahre alt war und sich nur noch selten in den wissenschaftlichen Diskurs einmischte. Trotzdem verfolgte er insbesondere Arendts Totalitarismus-Studien und den Fall Eichmann sehr genau, darüber hinaus zitierte er sie beispielsweise in seinem weiterhin regen Schriftverkehr mit Schülern

5 Beispielsweise Vollrath 2003, S. 61 f.

6 Schmitt war seit 1928 Dozent an der Berliner Handelshochschule, während Arendt – übergangsweise 1929 und ab 1930 ständig in Berlin – sich aufgrund der politischen Lage zunehmend in zionistischen Kreisen bewegte. Allerdings gab es auch Überschneidungen. So verkehrte Arendt mit (ehemaligen) Bekannten Schmitts, insbesondere Waldemar Gurian oder Leo Strauss, und sie dürfte aufgrund ihres Interesses an der deutschen Romantik schon damals sein Buch über die *Politische Romantik* gekannt haben. Ein Zusammenreffen ist jedoch weder schriftlich noch mündlich überliefert, und so kann Schmitts Tagebucheintrag vom 20. Mai 1931 über nette Unterhaltungen mit einer nicht weiter spezifizierten Person »Arendt« nicht als Beleg herangezogen werden (Schmitt 2010, S. 111).

7 Die Bibliothek Arendts wird in ihrem Nachlass am Bard-College in Annandale-on-Hudson im US-Bundesstaat New York aufbewahrt, wobei die Titel mit Marginalien laufend gescannt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bislang scheint einzig Arendts Lektüre des *Nomos der Erde* systematisch untersucht worden zu sein (Jurkevics 2016). Nicht weniger als acht Buchpublikationen Schmitts sind jedoch verzeichnet ([www.bard.edu/arendtcollection/marginalia.htm](http://www.bard.edu/arendtcollection/marginalia.htm); Zugriff vom 07.09.2016), wobei mindestens die *Politische Romantik* fehlt, die Arendt mit Sicherheit kannte (Arendt 2009 [1955], S. 369, Fußnote 17). Im Denktagebuch finden sich zwei Stellen zu Schmitts Überlegungen zum gerechten Krieg (Arendt 2003 a, S. 217 f., 243), aber auch das öfters auftauchende Problem der Souveränität dürfte von der Schmitt-Lektüre beeinflusst sein (beispielsweise ebd., S. 141), denn zu diesem Thema hat sie ihn öffentlich zitiert (Arendt 2012, S. 214, Fußnote 7). Ansonsten ist es vor allem die Totalitarismus-Studie, in welcher explizit auf Schmitt verwiesen wird, insbesondere in der bekannten Fußnote, in welcher sie ihm bescheinigt, zu intelligent für die Nazis gewesen zu sein (Arendt 2009 [1955], S. 724, Fußnote 55). Übrigens ist Schmitt selbst diese Fußnote aufgefallen, vor allem der Umstand, dass sie im Vergleich zur englischen Version umformuliert, und der Passus, dass seine Schriften »still make arresting reading«, gestrichen wurde, wie er an entsprechender Stelle handschriftlich notiert (RW 265-22551, S. 332).

oder Freunden und ließ sich umgekehrt von diesen über Lektüreindrücke, Vorträge und ähnliche Aktivitäten unterrichten.<sup>8</sup>

Es zeigt sich darin eine gegenseitige intellektuelle Wertschätzung, die unabhängig von persönlichen Vorlieben oder inhaltlichen Übereinstimmungen bestand. Gerade in Bezug auf den Begriff des Politischen entwickelten beide sehr unterschiedliche Konzeptionen. Für Arendt besteht das Politische in der Herstellung eines öffentlichen Raums, innerhalb dessen die Beteiligten sich als Freie und Gleiche gegenüber treten und zusammen handeln können. Damit ist einerseits das Vollbringen von Taten gemeint, andererseits und vor allem aber das Sprechen von Worten, das gegenseitige Überreden und Überzeugen, wobei die Anwendung von Gewalt aus der politischen Sphäre ausgeschlossen bleibt. In dieser bewegen sich die Menschen kraft ihrer Pluralität, das heißt kraft ihres je individuellen Standpunkts, den sie trotz ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zum Menschengeschlecht innehaben und gleichzeitig wegen dieser Zugehörigkeit mittels Sprache mit den anderen teilen können. So gesehen, hat Politik weder einen bestimmten Zweck noch ein bestimmtes Ziel, sondern lediglich einen Sinn, und dieser Sinn ist die Freiheit, die sich durch die politische Tätigkeit aktualisiert, solange sie tätig bleiben.<sup>9</sup>

Mit einem ganz anderen Vokabular nähert sich Schmitt dem Begriff des Politischen. Sein weithin bekannt gewordenes Kriterium des Politischen ist die Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Sobald ein Gegensatz ausreichend intensiv geworden ist, dass er im »Konfliktfalle die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet«,<sup>10</sup> ist die politische Konstellation gegeben, die sich dadurch klar von bloßer Gegnerschaft oder Konkurrenz unterscheidet. Auf der anderen Seite grenzt sie sich vom Krieg ab, der zwar »als reale Möglichkeit« gegeben sein und als »äußerste Realisierung der Feindschaft«<sup>11</sup> in Betracht gezogen werden muss, als eigentliche kämpferische Auseinandersetzung jedoch nicht mehr zum Politischen gehört und seinen eigenen Gesetzen folgt. Im weiteren Gegensatz zu Arendt ist das Politische nicht an einen bestimmten Raum gebunden. Da es lediglich den Intensitätsgrad einer Assoziation und Dissoziation bezeichnet, kann es von jedem beliebigen Bereich des

8 Schmitts Nachlass mit der Bibliothek liegt im Landesarchiv NRW in Duisburg, Arendts Publikationen dort unter den Signaturen: RW 265-22551, -22801, -23461, -26542. Ein für den vorliegenden Zusammenhang zentrales Arendt-Zitat schickte er an Christian Meier, siehe S. 522 f. Verschiedene Korrespondenzpartner berichten von Begegnungen mit Arendt oder ihrem Werk (Schmitt, Forsthoff 2007, S. 116, 256 und 334 f.; Schmitt, Mohler 1995, S. 412; weitere Belege in den noch unveröffentlichten Briefen RW 265-10194, -10195, -12776, -14835, -14863, -14865), und zwar durchgehend anerkennend oder zumindest respektvoll, wenn sie inhaltliche Kritik üben. Auch Schmitt selbst zeigte sich wiederholt beeindruckt durch die Lektüre von Arendts Schriften (beispielsweise Schmitt, Forsthoff 2007, S. 117, 120 und 198) und ist erschüttert über die Art, wie sie nach ihrer Berichterstattung zum Fall Eichmann angegriffen wird (Schmitt, Rumpf 2014, S. 284).

9 »Der Sinn von Politik ist Freiheit« (Arendt 2003 b, S. 28). Zu ihrem Begriff des Politischen siehe ebd., S. 28 ff.; zum Konzept der Pluralität Arendt 2002 [1960], S. 17 und 213.

10 Schmitt 2009 a [1932], S. 26.

11 Ebd., S. 31.

menschlichen Lebens (Ökonomie, Religion, Ästhetik, Moral usw.) bestimmt werden, wenn es nur gelingt, die Menschen anhand des jeweiligen Gegensatzes nach Freund und Feind zu gruppieren. Jene Einheit, der diese Einteilung gelingt, ist als die maßgebende und damit eigentlich politische Einheit anzusehen, insofern sie über den Ernst- beziehungsweise Ausnahmefall entscheidet. Daraus folgt definitionsgemäß nach Schmitt, dass die politische Einheit souverän ist, solange sie existiert.<sup>12</sup>

Die knappe Zusammenfassung der beiden Ansätze lässt bereits erahnen, dass sie in zwei unterschiedlichen Traditionen von Theorien des Politischen stehen, die tatsächlich so alt sind wie das politische Denken selbst und als deren paradigmatische Stellvertreter sie angesehen werden können: auf der einen Seite Arendt mit ihrem Fokus auf dem Handeln der Vielen im öffentlichen Raum und damit auf der *Partizipation*, auf der anderen Seite Schmitt mit seinem Fokus auf der Entscheidung über die relevanten Freund-Feind-Gruppierungen und damit auf der *Dezision*.<sup>13</sup> In dieser Hinsicht schlägt sich also die Gegensätzlichkeit ihrer Lebenswege in ihrer Theoriearbeit nieder.<sup>14</sup> Dass dies nicht auf allen Feldern zutrifft, wurde verschiedentlich gezeigt, indem auf gemeinsame Positionen von Arendt und Schmitt hingewiesen wurde, die nicht zuletzt mit dem Politischen in engem Zusammenhang stehen. So rangen beide mit dem Problem, wie man das Politische ohne Rückbindung an ein außenstehendes Absolutes begründen und gleichzeitig die potenzielle Schrankenlosigkeit politischen Handelns eindämmen kann. Außerdem zeichneten sich beide als Kritiker ihrer Zeit, insbesondere des Liberalismus aus, im Zuge dessen das Politische durch die Bereiche der Ökonomie und des Sozialen überwuchert und verdrängt zu werden drohe.<sup>15</sup>

Tatsächlich existieren darüber hinaus Gemeinsamkeiten, wenn auch nicht in der Hinsicht, dass die beiden Begriffe des Politischen als »Vermittlung von Freund und

- 12 Vgl. ebd., S. 25-37; zu Begriff und Definition der Souveränität Schmitt 2009 b [1922], S. 13 ff.
- 13 Vgl. Walter 2015. Kürzlich hat Raimondi (2014, S. 12) in ähnlicher Weise unterschieden, jedoch ohne Rückgriff auf die Kategorien der Partizipation beziehungsweise *Dezision* und insbesondere ohne die im Weiteren entwickelten Schlussfolgerungen zu ziehen.
- 14 Die gefühlte Gegensätzlichkeit drückt Arendt deutlich aus, als sie Schmitts Begriffsbestimmung in einer Marginalie als »barbarisch« bezeichnet (Schmitt 1933, S. 16; [www.bard.edu/library/arendt/pdfs/Schmitt-Begriff.pdf](http://www.bard.edu/library/arendt/pdfs/Schmitt-Begriff.pdf), Zugriff vom 27.09.2016).
- 15 Herberg-Rothe 2004, S. 38 ff.; Kalyvas 2008, S. 196; Sluga 2008, S. 107. Bisweilen wird außerdem eine Nähe von Schmitt und Arendt behauptet, die sich am Begriff der Ausnahme zeige (vgl. Schlüter 1999; Kalyvas 2008, S. 194). Was bei Schmitt als einem Theoretiker der Ausnahme leicht nachvollziehbar ist, stellt sich bei Arendt als Kategorienfehler heraus. Angeblich komme hier die Ausnahme in der Fähigkeit der Menschen zum Ausdruck, politisch handelnd etwas Neues anzufangen, einen Neubeginn im menschlichen Beziehungsgeflecht zu setzen. Dieser Anfang mag zwar erstaunen, eine Ausnahme ist er jedoch nicht, sondern ergibt sich aus der Grundbedingung der Menschen, die qua Geburt selbst einen Neuanfang darstellen, was sie überhaupt erst zu politischem Handeln befähigt, wie Arendt nicht müde wird zu betonen; üblicherweise unter Berufung auf den Ausspruch Augustins: »Initium ergo ut esset, creatus est homo« (zum Beispiel Arendt 2002 [1960], S. 215).

Feind« weiterzudenken und zu integrieren seien.<sup>16</sup> Eine andere, implizite Übereinstimmung fällt auf, wenn man die eingangs eingeführte Unterscheidung des Politischen und der Politik heranzieht. Auf der ersten Ebene sind die Aussagen klar und deutlich formuliert und nicht zuletzt wegen ihrer Zuspitzung so breit rezipiert worden: Das *Politische* besteht demnach entweder dort, wo die Vielen kraft ihrer Pluralität in einem öffentlichen Raum handeln (Arendt), oder dort, wo zwischen Freund und Feind unterschieden wird (Schmitt). Welche Prozesse aber vor diesem Hintergrund auf der empirisch-beobachtbaren Ebene konkret als *Politik* zu gelten haben, bleibt in beiden Fällen eigenartig unbestimmt, wozu die Urheber in entscheidendem Maße beigetragen haben.

So hat Arendt explizit die sogenannte Außenpolitik aus ihrem Konzept ausgeschlossen und alle sozial-ökonomischen Fragen als berechenbar und deshalb essentiell unpolitisch abgetan. Ja, sie ging sogar noch weiter, indem sie betonte, dass Politik sich im gegenseitigen, weder zweck- noch zielgerichteten Mitteilen der Meinungen erschöpfe, wobei nicht einmal klar wird, worüber die Meinungen ausgetauscht werden. Der Eindruck der Unproduktivität und Nutzlosigkeit von Politik ist nach Arendt deswegen ganz folgerichtig.<sup>17</sup> Einerseits ist das nur eine konsequente Schlussfolgerung. Wenn man den Sinn von Politik in der Freiheit entdeckt und diese explizit als wichtigste Idee der menschlichen *vita activa* kennzeichnet,<sup>18</sup> ist es nicht nur überflüssig, sondern sogar gefährlich, nach darüber hinausgehenden Zwecken zu fragen, weil jegliche Zwecke die Politik zum reinen Mittel degradieren und dadurch ihren Sinn infrage stellen würden. Andererseits provoziert dieser Argumentationsgang einen Erklärungsnotstand, in den Arendt selbst geriet, als sie sich im Jahre 1972 in Toronto einer akademischen Diskussion stellte, zu einem Zeitpunkt also, zu welchem sie sich schon jahrzehntelang intensiv mit dem Politischen befasst hatte. Auf die Frage aber, welche konkreten Themen in ihrem öffentlichen Raum zur Sprache kämen, vermochte sie – mit Ausnahme der Schöffengerichte, die aufgrund ihrer juristischen Natur einen Spezialfall darstellen – keine plausible Antwort zu geben, insbesondere keine, die losgelöst von sozial-ökonomischen Dimensionen bestehen könnte.<sup>19</sup>

Ähnlich ratlos lässt einen die Schmitt'sche Definition zurück. Wenn das Kriterium des Politischen in der Unterscheidung von Freund und Feind besteht, dann geht Politik da vonstatten, wo die Entscheidung über diese Unterscheidung vorgenommen wird. Die Entscheidung aber ist ein einmaliger Akt, und nachdem er ausgeführt worden ist, sind die politischen Einheiten etabliert und damit die Fronten geklärt. Was eventuell darauf folgt, ist ein Krieg, der aber, wie oben ausgeführt, von Schmitt selbst explizit von der Sphäre des Politischen ausgeschlossen wird. Selbiges gilt für

16 So der Vorschlag von Herberg-Rothe 2004, dessen Beitrag ansonsten die bislang fundierteste Auseinandersetzung mit dem Thema liefert.

17 Arendt 2002 [1960], S. 278; Arendt 2003 a, S. 392. Für den Ausschluss der Außenpolitik und sozial-ökonomischer Fragen siehe beispielsweise Arendt 2002 [1960], S. 38 ff.; Arendt 2003 b, S. 53; Arendt 2013 a [1965], S. 11.

18 Arendt 2003 b, S. 42.

19 Arendt 2013 b, S. 89 ff.

jene Prozesse, die der Entscheidung vorausgehen. Könnte man bislang annehmen, dass die Auseinandersetzung um die Entscheidungsfindung den eigentlichen Kern von Politik ausmacht, erteilt Schmitt solchen Spekulationen eine klare Absage, indem er Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer politischen Einheit als »Hofintrigen, Rivalitäten, Fronden und Rebellionsversuche von Malkontenten, kurz ›Störungen‹« abtut.<sup>20</sup> Als eigentliche Politik bleibt deshalb nur die Konstituierung neuer politischer Einheiten aufgrund neuer Freund-Feind-Unterscheidungen übrig, was selbst in Krisenzeiten nur sehr selten vorkommt. Es zeigt sich also, dass die theoretisch-abstrakten Begriffsbestimmungen des Politischen von Arendt und Schmitt zu derart weitgehenden Verengungen führen, dass die Substanz des Begriffs überhaupt verloren zu gehen droht. Und es dient zwar dahingehend der Bestätigung, aber keineswegs der Beruhigung, dass die Auseinandersetzung der beiden mit dem Machtbegriff als zentraler politischer Kategorie mit denselben Problemen behaftet ist.<sup>21</sup>

Zugleich wäre es natürlich naiv oder gar anmaßend, Arendt und Schmitt ein derart eingeschränktes Politikverständnis zu unterstellen. Nicht nur, weil sie sich jahrzehntelang mit dem Thema beschäftigt haben, sondern auch, weil sie Zeiten hautnah miterlebten, die im gemeinen Verständnis als hochpolitisch gekennzeichnet sind. Es gilt deshalb zu klären, wo die Ursachen für die diagnostizierte Engführung liegen, wodurch sich im Weiteren erschließen wird, wie die beiden Ansätze im Verhältnis zueinander stehen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, zu den Anfängen des Politischen zurückzukehren, die nach dem bekannten Diktum Christian Meiers bei den antiken Griechen zu finden sind.<sup>22</sup> Der historische Schritt zurück ist nicht unbedingt selbstverständlich. So lässt sich argumentieren – und es wurde immer wieder getan –, dass die kleinräumig strukturierte Polis-Welt der alten Griechen ungeeignet sei, um als Folie oder gar Problemlösungsressource für die moderne Welt der institutionellen Flächenstaaten zu dienen. Solange Menschen die Erde bevölkern, gilt dieser Einwand jedoch nicht auf begrifflich-konzeptueller Ebene in Bezug auf das Politische, und er gilt vor allem nicht im Rahmen einer Untersuchung zu Arendt und Schmitt, die beide auf besondere, wenn auch unterschiedliche Weise mit der Antike verbunden waren.

Im Hinblick auf Arendt ist der Bezug allgemein bekannt, ist doch ihr politisches Denken wesentlich und explizit von einer Auseinandersetzung mit der athenischen

20 Schmitt 2009 a [1932], S. 10; Hervorhebung im Original.

21 Für Arendt entsteht Macht zwangsläufig da, wo Menschen zusammen handeln. Was sie aber genau tun, wenn sie handeln, bleibt ungeklärt, insbesondere weil die Macht der Zweck-Mittel-Kategorie enthoben sei. Dementsprechend verhandelt Arendt das Phänomen in Gegenüberstellung und Abgrenzung zur Gewalt, ihrerseits das paradigmatische Beispiel eines Mittels, um bestimmte Zwecke zu erreichen (vgl. Arendt 2003 c [1970]). Für Schmitt hingegen stellt sich die Frage, wie die Macht zustande kommt, überhaupt nicht. Sie ist gegeben, und wer sie hat, darf entscheiden. Seine Überlegungen kreisen deswegen fast ausschließlich um die Frage, wer es schafft, den Machthaber im eigenen Sinne zu beeinflussen (Schmitt 1994 [1954]; vgl. zu diesem Themenkomplex Walter 2016).

22 Meier 1983.

Demokratie und ihren Philosophen geprägt.<sup>23</sup> Bei Schmitt ist die Beziehung weniger offenbar, weil er nur ausnahmsweise und kaum je systematisch auf antike Autoren recurriert.<sup>24</sup> Trotzdem sind sie ihm aufgrund seiner umfassenden humanistischen Bildung bekannt und bleiben zeitlebens treue Begleiter, über die er kontinuierlich reflektiert, wie seine Bibliothek und seine privaten Aufzeichnungen bezeugen. Entscheidender jedoch ist die Antike für beide bezüglich des Umgangs mit Begriffen. Als politische Denker müssen sie von Berufs wegen auf die korrekte Verwendung klar abgegrenzter Begriffe pochen, und entsprechend ist von den frühesten Werken an das Ringen um Klarheit in der Sprache festzustellen. Was jedoch unter korrekter Begriffsverwendung zu verstehen ist, lässt sich schlechterdings nicht bestimmen, ohne einen selbstgewählten Maßstab anzulegen, dessen Auswahl niemals objektiv gerechtfertigt, sondern nur plausibel begründet werden kann. Für Arendt und Schmitt ist die Antike dieser Maßstab, die Zeit, in der die meisten bis heute wesentlichen philosophischen und politischen Begriffe für uns erstmals fassbar werden. Sie folgen damit der seit den alten Griechen zu beobachtenden Auffassung, dass Ursprungsbestimmung und Wesensbestimmung in eins fallen, eine Auffassung, die Arendt beschrieben und Schmitt bei ihr gelesen hat.<sup>25</sup> Doch schon viel früher wusste Schmitt mit dem Philologen und Orientalisten Johann Arnold Kanne: »Die Sprache weiß es noch«,<sup>26</sup> und Arendt sekundiert: »[Unterschiedliche Begriffe] synonym zu gebrauchen, zeigt nicht nur, daß man *das, was die Sprache eigentlich sagt*, nicht mehr hören kann, was schlimm genug wäre; der Unfähigkeit, Unterschiede zu hören, entspricht die Unfähigkeit, die *Wirklichkeiten zu sehen und zu erfassen, auf die die Worte ursprünglich hinweisen*«. <sup>27</sup> Dass der Ursprung des Politischen in der antiken Polis – namentlich in Athen – zu finden ist, darüber dürfte es keinen Zweifel geben. Und so schreibt Schmitt in einem Brief an Christian Meier, Arendt zitierend:

»Der erste Satz (>der Begriff des Staates *setzt* den Begriff des Politischen *voraus*<) hat es in sich (also das *griechische* Wort!). In diesem Zusammenhang ist ein Satz von Hannah Arendt, in der Zeitschrift Merkur Nr. 240 (Seite 313) wichtig: »... in der Sprache sitzt das Vergangene unausrottbar, an ihr scheitern alle Versuche, es endgültig loszuwerden. Die griechische Polis

- 23 Vgl. beispielsweise Straßenberger 2015, S. 157 ff. für die besondere Stellung des Aristoteles in Arendts Denken.
- 24 Erst im Spätwerk gewinnt die Antike etwas höheres, wenn auch nicht entscheidendes Gewicht (vgl. Schmitt 2011 [1950], S. 11-25 und 36-51).
- 25 Die entsprechende Stelle in den 1948 veröffentlichten *Sechs Essays* wurde von Schmitt unterstrichen (RW 265-26542, S. 26).
- 26 Zitiert in Meier 1988, S. 544. Schmitt setzte sich während seiner Vorarbeiten für die *Politische Romantik* (1919) mit Kanne auseinander und edierte im Jahre 1918 dessen Biographie (Mehring 2009, S. 102).
- 27 Arendt 2003 c [1970], S. 44; Hervorhebung M.W. Vgl. auch Arendt 2008, S. 108. In Arendt 2013 b, S. 98, differenziert sie zwischen dem kommunikativen Wert eines Wortes, der die Art und Weise beschreibe, wie es in einem bestimmten Kontext benutzt wird, und dessen aufschließender Qualität, die nur über den historischen Hintergrund ermittelt werden könne und die in enger Beziehung stehe zu dem, »was es ausdrückt oder was es ist«.

wird so lange am Grunde unserer politischen Existenz, auf dem Meeresgrunde also, weiter da sein, als wir das Wort ›Politik‹ im Munde führen.«<sup>28</sup>

Zugegebenermaßen waren solche Überlegungen für Schmitt nicht leitend, als er seinen Begriff des Politischen im Wesentlichen Ende der 1920er Jahre entwickelte.<sup>29</sup> Wichtiger im vorliegenden Zusammenhang ist jedoch, dass er ihn weder revidierte, abänderte noch gar widerrief, nachdem er solche Überlegungen angestellt hatte. Stattdessen bestätigte er noch im Jahre 1963 die Gültigkeit seiner Schrift von 1932, indem er sie neu auflegen ließ, also deutlich nachdem etymologische Betrachtungen für ihn bestimmend geworden waren, wie sie spätestens im *Nomos der Erde* (1950) offen zutage treten.

Das Politische entstand also bei den Griechen.<sup>30</sup> Eine jahrhundertelange, schrittweise und keineswegs kontinuierliche Entwicklung führte schließlich im fünften Jahrhundert v. Chr. in Athen zu der Situation, die heute als Geburtsstunde des Politischen beschrieben wird.<sup>31</sup> Sie ist gekennzeichnet durch die Einsicht in die Kontingenz menschlicher Angelegenheiten – dass die Dinge zwar so gekommen sind, aber auch anders hätten kommen können – gepaart mit dem Willen, die Spielräume der kontingenten Möglichkeiten selbstbestimmt auszunutzen, und dem Bewusstsein, die Fähigkeit dazu zu haben. Seine kaum zu überschätzende Strahlkraft erhielt dieser historische Moment dadurch, dass die selbstbestimmte Gestaltung der Zukunft nicht auf eine kleine Clique altherwürdiger Adelsgeschlechter beschränkt blieb, sondern auf die gesamte athenische Bürgerschaft unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Status ausgeweitet wurde.<sup>32</sup> Damit war die athenische Demokratie entstanden, die ihre Blütezeit in den 50 Jahren zwischen den Perserkriegen und dem Peloponnesischen Krieg erlebte und danach trotz verheerender militärischer Niederlagen fast 80 Jahre weiterbestehen konnte, bevor sie unter dem äußeren Druck des übermächtigen Makedonenreichs zusammenbrach. Die Entstehung des Politischen fällt demnach mit der Entstehung der Demokratie zusammen, ist aber kei-

28 Zitiert in Meier 1988, S. 543. Der Satz findet sich auf einem Notizzettel Schmitts in Materialien zu seinem Begriff des Politischen (RW 265-20397, S. 9).

29 Jedenfalls können sie nicht explizit nachgewiesen werden. Die erste greifbare Verbindung von Politik mit der Polis als ihrer etymologischen Wurzel stellt Schmitt im Jahre 1936 in einem Handbuchartikel »Politik« her (Schmitt 1995, S. 133; ähnlich zur gleichen Zeit Schmitt 2005, S. 464).

30 Übrigens hatte bereits Arendt (2012, S. 203) diese Einsicht beschrieben: »Nicht nur etymologisch und nicht nur für den Gelehrten ist dies Wort [des Politischen; M.W.] mit Assoziationen getränkt, die aus jenem Gemeinwesen stammen, in welchem *das Politische in einem spezifischen Sinne zum ersten Mal entdeckt wurde*« (Hervorhebung M.W.).

31 Vgl. Meier 1983.

32 Seit der Mitte des fünften Jahrhunderts v. Chr. war in Athen die Herkunft das entscheidende Kriterium für die politische Beteiligung. Jedem mündigen Bürger, der nachweisen konnte, dass sowohl seine Mutter als auch sein Vater das athenische Bürgerrecht besaßen, standen die entscheidenden Institutionen – insbesondere die Volksversammlung – offen. Im Laufe der Zeit wurden gar existenzsichernde Tagelöhner eingeführt, um selbst dem ärmeren und besitzlosen Teil der Bürgerschaft die regelmäßige politische Partizipation zu ermöglichen (Bleicken 1995, S. 190 f.).

neswegs mit ihr identisch, denn was als Demokratie gelten darf, ist in hohem Maße definitionsabhängig, und in den verschiedenen Epochen wird darunter Unterschiedliches verstanden. Entscheidend für das Politische ist hingegen das von Meier vielbeschworene »Könnens-Bewusstsein«<sup>33</sup>, das bisweilen nur eine Minderheit der in einem Gemeinwesen ansässigen Menschen in konkrete Taten umsetzen kann, wie dies in Athen der Fall war.

Womit sich diese Minderheit beschäftigt hat, wenn sie politisch tätig war, lässt sich historisch rekonstruieren und muss hier kurz wiedergegeben werden. Denn die Unterschiede zum heutigen Politikbetrieb sind beträchtlich, insofern sozio-ökonomische Verteilungskämpfe nur in existenziellen Ausnahmefällen Gegenstand der öffentlichen Beratung wurden. Bleicken identifiziert anhand der Tagesordnungen der athenischen Volksversammlungen vier regelmäßig wiederkehrende Verhandlungsfelder:<sup>34</sup> die Kontrolle der Beamten, die Sicherstellung der Getreideversorgung, die Verteidigung der Stadt und schließlich die Anklagen wegen schwerer politischer Verbrechen. Darüber hinaus wurde bisweilen auf Bitten einzelner Bürger eingegangen, Fragen des Kultes oder profane Angelegenheiten wurden behandelt oder die Heerführer für kommende Auseinandersetzungen bestimmt. Gewichtet man diese Themenfelder mit den tatsächlich verabschiedeten Beschlüssen, so zeigt sich, dass der größte Teil die Ehrung von Bürgern betraf, insbesondere von Beamten, aber auch Auswärtige konnten in den Genuss kommen. Dicht gefolgt wurde diese Kategorie von Beschlüssen zur Außenpolitik, die rund ein Drittel ausmachten. Die Bewilligung von Geldern hingegen, heute der Kern politischer Entscheidungen, war von geringer Bedeutung.

Kontrastiert man diese Befunde mit den Begriffsbestimmungen des Politischen bei Arendt und Schmitt, so ist augenfällig, dass beide offenbar nur einen Teil dessen abdecken, was im antiken Athen unter Politik verstanden und gelebt wurde. Im Falle Arendts ist es der Teil der Bürgerehrungen. Die meiste Zeit politischer Betätigung mit Diskussionen zuzubringen, welcher Bürger sich am ehesten um das Gemeinwesen verdient gemacht habe, erscheint aus heutiger Perspektive wie ein selbstreferentieller Leerlauf, also reine Zeitverschwendung. Die Auszeichnungen hatten damals jedoch eine wichtige Funktion, nämlich die Kontrolle der als Geschäftsträger tätigen Bürger und die gegenseitige Versicherung, die bestehende Verfassungsform aufrechtzuerhalten.<sup>35</sup> In ihrem theoretischen Konzept abstrahiert Arendt gar noch von diesem Nutzen und legt den Fokus komplett auf den Prozess des gemeinsamen Sprechens im öffentlichen Raum. Daraus folgt logisch, dass Politik in ihren Augen nur Innenpolitik sein kann, und genau diesen Standpunkt hat sie des Öfteren explizit und vehement vertreten.<sup>36</sup> Genau umgekehrt verhält es sich bei Schmitt. Für fruchtlose Rededuelle innerhalb der Bürgerschaft ist in seinem Konzept kein Platz, stattdessen verweist es mit der Freund-Feind-Unterscheidung auf den zweiten großen

33 Meier 1983, passim.

34 Bleicken 1995, S. 210 ff.

35 Ebd., S. 214.

36 Arendt 2003 a, S. 97; Arendt 2003 b, S. 53; Arendt 2012, S. 231 und 293; Arendt 2013 a [1965], S. 11.

Pfeiler des athenischen politischen Lebens: die Außenpolitik. Auch er abstrahiert in diesem Bereich, indem er den Austausch von Gesandtschaften, das Verhandeln von Verträgen und Bündnissen auf die daraus schließlich gewonnene Entscheidung über Freund und Feind zuspitzt. Es folgt deshalb der logische Schluss, dass Politik für Schmitt nur Außenpolitik sein kann, und tatsächlich hat er diese Interpretation genauso oft und vehement bestätigt, wie Arendt das Gegenteil behauptete.<sup>37</sup>

Wenn demnach Arendts Begriff des Politischen lediglich Innenpolitik zu erfassen vermag, während derjenige Schmitts nur außenpolitische Relevanz entfaltet, so kongruiert diese Erkenntnis zunächst mit der oben vorgenommenen Einteilung der beiden Ansätze unter die Rubriken der Partizipation beziehungsweise Dezision. Zwar hat sich gezeigt, dass in beiden Sphären beide Handlungsmuster von Belang sind – insofern das Miteinander-Sprechen in die Entscheidung münden kann, diesen anstatt jenen Bürger auszuzeichnen, beziehungsweise der Feindentscheidung ein diplomatisches Miteinander-Sprechen vorausgehen kann –, aber der Vorrang gebührt im innenpolitischen Bereich eindeutig der Partizipation, im außenpolitischen der Dezision. Das hat einen einfachen strukturellen Grund: Die rein innenpolitische Sphäre ist selbstbestimmt, weswegen die Beteiligten in ihr selbst festlegen können, ob und wann sie eine Entscheidung treffen. Die außenpolitische Sphäre hingegen ist in großem Ausmaß fremdbestimmt, weil die Handlungen der anderen politischen Akteure nicht gesteuert werden können, was es oftmals notwendig macht, gewisse Entscheidungen sofort zu treffen. Hätten die alten Athener angesichts des anrückenden persischen Heeres einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, anstatt die Seeschlacht zu wagen, wäre das Politische nie bei ihnen entstanden. Diese Betrachtungen legen es nahe, die beiden Konzepte des Politischen miteinander zu kombinieren, um einen umfassenden Begriff zu erhalten. Ihre Ansätze wären dann nicht mehr als konträr, sondern komplementär anzusehen. Die Richtigkeit dieses Wegs tritt dadurch zutage, dass beide Denker sich der jeweils anderen Seite durchaus bewusst gewesen sein müssen. Das lässt sich einerseits an vielen praktischen Bemerkungen zeigen, die offenbar keinen Eingang in die abstrakt-theoretischen Überlegungen gefunden haben, andererseits besteht bei beiden eine konzept-

37 Zunächst ist diese Schlussfolgerung sachlich in Schmitts Ausführungen zum Begriff des Politischen angelegt. Öffentlich ausgedrückt hat er sie jedoch erst später. Üblicherweise kontrastiert er dabei den Begriff der Politik, der eigentlich *Außenpolitik* meine, mit demjenigen der Polizei, der korrekterweise das bezeichne, was gemeinhin mit dem Etikett *Innenpolitik* versehen werde (Schmitt 1995, S. 133; Schmitt 2009 a, S. 10 und 112). Dass es sich hierbei um eine alte und feste Überzeugung handelt, belegt ein Brief an seinen damaligen Verleger Ludwig Feuchtwanger aus dem Jahre 1927, kurz nach der Veröffentlichung der ersten Version von *Der Begriff des Politischen*. Schmitt nimmt dort Bezug auf einen Einwand Feuchtwangers gegen sein Kriterium der Freund-Feind-Unterscheidung und bekräftigt, dass es sich dabei um »die politischen Begriffe« handle. Weiter führt er aus: »Innenpolitik« ist ein Widerspruch in sich; [...] Ihr Einwand: daß meine Definition »nur« für die Außenpolitik zutrifft, ist also noch keine Widerlegung« (Schmitt, Feuchtwanger 2007, S. 222; Hervorhebung im Original). Zur selben Zeit und in demselben Sinne äußerte er sich gegenüber dem Publizisten Carl Muth (Schmitt, Muth 1998, S. 145).

tuelle Schwachstelle, die sich nur durch das jeweils andere politische Moment erklärt.

Auf theoretischer Ebene bleibt Arendt weitgehend konsequent, bekräftigt wiederholt, dass der Sinn von Politik in der Freiheit bestehe, und schließt darüber hinausgehende Ziele oder gar Zwecke des politischen Handelns aus. Die einzige Ausnahme liegt in Zeiten des Umbruchs, insbesondere bei Revolutionen, in denen sie die Etablierung eines öffentlichen Raums und damit der Freiheit als Ziel gelten lässt.<sup>38</sup> In eher praxisbezogenen Kontexten wird diese Haltung aufgeweicht. Hier gehört es durchaus zum politischen Handlungsrepertoire, sich »Ziele zu setzen«, »zu bestimmten Entschlüssen« zu kommen, »die Welt [zu] verändern«, und sogar der Krieg wird unter bestimmten Umständen mit Clausewitz als »Fortführung der Politik mit anderen Mitteln« akzeptiert.<sup>39</sup> Schließlich notiert sie ganz ungezwungen im Denktagebuch: »Es ist wohl keine Frage, dass das *polituein* der Athener de facto im *krinein* – urteilen und *entscheiden* – bestand.«<sup>40</sup> Arendt war sich also der dezi- sionistischen und damit der außenpolitischen Dimension des Politischen durchaus bewusst, was sich auf konzeptueller Ebene an ihrer Haltung zum Weltstaat zeigt.

Von einem theorieimmanenten Standpunkt aus müsste sie einen solchen Weltstaat enthusiastisch begrüßen, denn wenn alle Politik Innenpolitik ist, wären damit die Voraussetzungen gegeben, einen ungestörten öffentlichen Raum zu erstellen, in welchem die Individuen kraft ihrer Pluralität sich voreinander sprechend und handelnd auszeichnen könnten, ohne von außen die Notwendigkeit einer Entscheidung aufgedrängt zu bekommen. Entgegen dieser Annahme ist das Gegenteil der Fall. In ihrer Opposition gegen einen Weltstaat steht Arendt Schmitt in nichts nach. Während sich diese Haltung bei Letzterem zwangsläufig ergibt, weil ein Weltstaat keine Unterscheidung von Freund und Feind mehr zulassen kann und damit das Politische nach seiner Definition verschwunden wäre, werden Arendts Gründe nie ganz klar.<sup>41</sup> Im einzigen längeren Abschnitt zum Thema warnt sie davor, dass es im Weltstaat nur noch unkontrollierte und damit tyrannische Polizeigewalt geben würde.<sup>42</sup> Abgesehen davon, dass es sich hier um ein wesentlich schmittianisches Argument handelt, setzt es im Umkehrschluss voraus, dass im Normalfall die Gewaltmittel der einen politischen Einheit durch diejenigen der anderen in Schach

38 »Ziel und Ende der Revolution [ist] einzig die Freiheit« (Arendt 2012, S. 245; vgl. ebd., S. 231; Arendt 2013 a [1965], S. 353). Ist der öffentliche Raum der Freiheit etabliert, tritt das Ziel als Maßstab zurück vor dem sinnhaften Vollzug des gemeinsamen politischen Handelns an sich. Für die Notwendigkeit der Unterscheidung von Sinn, Ziel und Zweck siehe Arendt 2003 b, S. 126 ff.

39 Die Zitate in dieser Reihenfolge bei Arendt 2003 c [1970], S. 81; Arendt 2007, S. 4; Arendt 2003 c [1970], S. 69, Fußnote 83; Arendt 2003 b, S. 87.

40 Arendt 2003 a, S. 301; Hervorhebung M.W.

41 Schmitt 2009 a [1932], S. 50 f. Arendts Kritik am Weltstaat (in Arendt 2003 c [1970], S. 130) klingt rein schmittianisch und wird dadurch konterkariert, dass sie gleich darauf das Rätssystem skizziert, dessen globaler Umsetzung keine prinzipiellen Grenzen gesetzt sind. In Arendt 2012, S. 99, kritisiert sie den Weltstaat lediglich vor dem Hintergrund, dass er als Ziel aller Politik vorgängig festgelegt wird.

42 Arendt 2003 a, S. 306-308.

gehalten werden. Dieses Aufrechterhalten eines Gleichgewichts zwischen politischen Einheiten aber nennt man Außenpolitik.

Überhaupt ist es erstaunlich, dass Arendt diese Dimension derart vernachlässigt hat. Denn selbst Aristoteles, den sie mit der entsprechenden Stelle notiert hat, kennzeichnet die Außenpolitik als einen der fünf Gegenstände des Sich-Beratschlagens (*symbolouesthai*), welches sich wiederum auf »das eigentlich Politische« beziehe.<sup>43</sup> Darüber hinaus würde man erwarten, dass Arendts eigene Politisierungserfahrung, die sicherlich sehr viel tiefere Spuren hinterlassen hat als ihre theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Politischen, in dieselbe Richtung hätte weisen müssen. In auffallender Weise begann sie nämlich mit einer Freund-Feind-Unterscheidung im Schmitt'schen Sinne, die an Klarheit kaum zu überbieten war und die Arendt durchaus als solche wahrgenommen hat. Als die Nazis die Juden zum Feind erklärten, war für sie klar: »Wenn man als Jude angegriffen ist, muß man sich als Jude verteidigen.«<sup>44</sup> Gerade diese Einsicht habe vielen gefehlt, weshalb Arendt »die *politisch* so gefährliche Unfähigkeit, *zwischen Freund und Feind zu unterscheiden*«, beklagte.<sup>45</sup>

Umgekehrt finden sich ganz so deutliche Bekenntnisse zur partizipativen Dimension des Politischen bei Schmitt nicht. Zwar spricht er an zentraler Stelle von jenen Phänomenen, die üblicherweise mit Partizipation und Innenpolitik in Verbindung gebracht werden, und er benutzt dafür sogar politisches Vokabular, tut dies aber mit explizit abwertendem Gestus.<sup>46</sup> Dennoch zeigt sich an vielen Stellen Schmitts Bewusstsein, dass auch der souveränste Entscheider völlig machtlos ist, wenn er nicht auf das Mindestmaß an Unterstützung zählen kann, das in Form von Gehorsam zugleich der passivsten Art der Partizipation entspricht und ohne welches die getroffenen Entscheidungen ganz einfach im luftleeren Raum verpuffen würden.<sup>47</sup> Deshalb kann auch Schmitt nicht umhin, die Macht eng an den Konsens zu knüpfen, und ein politischer Konsens ist notwendigerweise eine Übereinkunft unter Vielen.<sup>48</sup> Als Normalfall der kollektiven Unterstützung von Entscheidungen ist jedoch nicht die stillschweigende Duldung, sondern irgendeine Form der öffentlichen Bekundung anzunehmen: »In Wahrheit gibt es kein Staatswesen, das auf solche Akklamationen verzichten könnte. Auch der absolute Fürst braucht die Spalier bil-

43 Ebd., S. 410. Mit Außenpolitik übersetzt sie Aristoteles' Ausdruck *peri pole mou kai eirēnēs*, also die Dinge, die Krieg und Frieden betreffen.

44 Arendt 2013 b, S. 59; vgl. auch ebd., S. 109. Für ähnliche Aussagen, die vor allem in der frühen Schaffenszeit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus häufig auftreten, siehe Arendt 1948, S. 9, 111 und 127.

45 Arendt 2003 d [1963], S. 79; Hervorhebung M.W.

46 Die Rede ist etwa von sekundärer oder Parteipolitik (Schmitt 2009 a [1932], S. 28, 30 und 45).

47 Schmitt 2006 [1921], S. 142 f. Arendt beschreibt diesen Zusammenhang so: »Gehorsam und Unterstützung sind, politisch gesprochen, das gleiche« (Arendt 2013 a [1965], S. 293).

48 Schmitt 1994 [1954], S. 15.

dende und Hoch schreiende Menge seines Volkes. Die Akklamation ist ein ewiges Phänomen jeder politischen Gemeinschaft«. <sup>49</sup>

Entscheidend an diesem Vorgang ist, dass er in der Öffentlichkeit geschieht. Für Arendt gehören Öffentlichkeit und Politik so eng zusammen, dass es überflüssig ist, die Wichtigkeit dieses Elements extra zu betonen. Ohne Öffentlichkeit bestünde schlicht kein Ort, in dem sich die politisch Handelnden begegnen und ihre Meinungen einander mitteilen könnten. Bei Schmitt hingegen besteht theorieimmanent keine solche Notwendigkeit. Ginge es um die reine Entscheidung, könnte der souveräne Fürst die Freund-Feind-Unterscheidung ausschließlich nach privaten Kriterien vornehmen, und tatsächlich sympathisiert Schmitt noch Mitte der 1920er Jahre mit der Idee, Politik müsse im Verborgenen stattfinden. <sup>50</sup> Dabei bleibt es jedoch nicht lange. Bald schon betont er bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit von Öffentlichkeit im politischen Bereich. Zwar geschieht dies hauptsächlich in seinen verfassungsrechtlichen Schriften, und es mag bei isolierter Betrachtung von Einzelfällen zweifelhaft sein, ob er damit nur die Eigenschaften bestehender Institutionen wie beispielsweise des Weimarer Reichstags deskriptiv erfasst oder tatsächlich ein grundlegendes Kriterium etabliert. Solche Zweifel können jedoch ausgeräumt werden. In noch unveröffentlichten Tagebucheinträgen aus dem Jahre 1926 – also dem Jahr vor der Erstpublikation seiner programmatischen Schrift zum Begriff des Politischen – betont Schmitt, dass Politik Sichtbarkeit verlange und öffentliches Sein gesteigertes Sein sei, Unsichtbarkeit dagegen zu Entpolitisierung führe, <sup>51</sup> was er direkt auf seinen Ansatz übertrug: »Feind ist nur der öffentliche Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch *öffentlich* wird«. <sup>52</sup>

Die Aufnahme von Öffentlichkeit in Schmitts Konzept ist nicht folgenlos, denn sie bedeutet zugleich Verantwortlichkeit. <sup>53</sup> Diese wiederum kann es nur geben, wenn die Entscheidungsträger im Bedarfsfalle zur Rechenschaft gezogen, das heißt mindestens durch andere ersetzt werden können, um die getroffenen Entscheidungen zu revidieren oder andere zu fällen. All diese Vorgänge sind gar nicht vorstellbar ohne die innenpolitische Partizipation eines wie auch immer ausgestalteten Demos, und wenn seine Beteiligung nur dazu dient, eine neue Freund-Feind-Unterscheidung herbeizuführen. In derselben Art, wie Arendt in ihrem Begriff des Politischen die Dezision implizit immer mitdenkt, denkt deshalb Schmitt die Partizipation immer mit.

Ein Hindernis, weshalb diese Hürde nicht beidseitig überwunden wurde, liegt im Begriff der Souveränität. Schmitt hat viel und laut über ihn nachgedacht, während

49 Schmitt 2014 [1927], S. 52.

50 Am 25. Mai 1924 schreibt Schmitt an Rudolf Smend: »Ich habe wieder einmal gesehen, daß alle gute Politik Kabinettpolitik ist, alle ›öffentliche‹ Politik auf beiden Seiten hinkt und nach zu vielen Seiten schießt, um ein großes Ziel im Auge zu behalten« (Schmitt, Smend 2012, S. 26). Vgl. auch Schmitt 2016 [1923], S. 58.

51 Schmitt RW 265-19604, S. 26 und 34.

52 Schmitt 1927, S. 5 f.; Hervorhebung im Original.

53 Schmitt RW 265-19604, S. 24.

Arendt seltener darauf zu sprechen kommt, aber immer eine umfassende Kritik damit verbindet. Interessant ist das für den vorliegenden Fall, weil sie ihr Verständnis des Begriffs vor allem durch die Schmitt-Lektüre gewonnen hat. Demnach beruhe Souveränität auf einem unabhängigen Willen, der sich selbst Zwecke setze und die notwendigen Mittel dazu beschaffe. Offensichtlich steht diese Interpretation Arendts Politikverständnis diametral entgegen, das auf der Pluralität der Menschen und gerade nicht auf ihrer Unabhängigkeit beruht. Frei sein können sie nur gemeinsam.<sup>54</sup> Diese Interpretation erstaunt nicht, spricht Schmitt doch wiederholt davon, dass die souveräne Entscheidung »aus einem Nichts geboren« sei als »reine, nicht rätsonnierende und nicht diskutierende, sich nicht rechtfertigende [...] Entscheidung«.<sup>55</sup>

Fügt man diese Souveränitätskonzeption jedoch in Schmitts Begriff des Politischen ein, so relativiert sich das radikale Bild. Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass auf der Seite der Partizipation selbst der noch so souveräne Herrscher zumindest auf die Duldung seiner Entscheidung angewiesen ist. Dass sie »aus einem Nichts« geboren sei, heißt deswegen nur, dass die Mitbetroffenen darauf verzichtet haben, sich daran zu beteiligen, indem sie die Verantwortung auf den Souverän übertragen haben. Er muss deswegen deren Meinungen und Willen *nicht* berücksichtigen, allerdings nur, solange die folgsame Duldung aufrechterhalten bleibt. Von Seiten der Deziision sieht die Sache noch prekärer aus, denn der Souverän kann nur solche Entscheidungen treffen und mit Sicherheit durchsetzen, die seine eigene politische Einheit betreffen. Wenn also diese beispielsweise von einem äußeren Feind angegriffen wird, kann er entscheiden, die Waffen zu ergreifen und sie zu verteidigen. Das heißt aber nicht, dass er deshalb den Kampf automatisch gewinnt, denn die gewählten Mittel erreichen nicht zwingend den angestrebten Zweck. Auf dem Feld der Außenpolitik bleibt die aus Sicht einer spezifischen politischen Einheit souveräne Entscheidung notwendigerweise eingebettet in das Beziehungsgeflecht der anderen, je für sich ebenfalls souveränen Einheiten. Schmitt drückt diesen Zusammenhang ganz deutlich aus, wenn er sagt: »Nur scheinbar isoliert die Souveränität jeden einzelnen Souverän vom anderen. In Wirklichkeit zwingt die *aequalitas* alle dazu, auf alle andern Rücksicht zu nehmen, die Möglichkeit einer Neutralität anzuerkennen und den Krieg, aus einer blinden gegenseitigen Vernichtung, zu einem geregelten Messen der Kräfte zu machen, das in einem neuen Gleichgewicht endet«.<sup>56</sup>

In ihrem Exemplar vom *Nomos der Erde* hat Arendt diese Stelle bezeichnenderweise mit einem Fragezeichen versehen. Das wäre nicht nötig gewesen. Was Schmitt hier beschreibt, ist lediglich das bekannte »Pluriversum« der Staaten,<sup>57</sup> in welchem

54 Arendt 2012, S. 214. Sie bezieht sich an dieser Stelle (ebd., Fußnote 7) auf die knappen Ausführungen Schmitts zum Thema in dessen *Verfassungslehre*. Die einschlägigen Stellen aus der *Politischen Theologie* waren ihr aber ebenso bekannt, wie aus der nachgelassenen Bibliothek ersichtlich wird (vgl. hier Fußnote 7).

55 Die Zitate bei Schmitt 2009 b [1922], S. 38 und 69; vgl. auch ebd., S. 18 f.

56 Schmitt 2011 [1950], S. 139.

57 Schmitt 2009 a [1932], S. 50.

diese sich als Gleiche gegenüberreten, insofern sie als einzelne politische Einheiten souverän sind. Als solche haben sie die Möglichkeit, alle von ihnen gewollten Entscheidungen zu treffen, aber sie werden auch die Pflicht zu spüren bekommen, mit den Folgen dieser Entscheidungen zu leben, die bis zum Verlust der Souveränität reichen können. Auf der Ebene der einzelnen Menschen ist Arendt dieser Mechanismus sehr wohl bewusst gewesen, und sie hat ihn aktiv verteidigt. Als sie im Interview mit Joachim Fest über die Eichmann-Kontroverse auf den erbitterten Gegenwind zu sprechen kommt, den sie aufgrund ihrer ironischen Berichterstattung zu spüren bekommen hat, erklärt sie: »Ich bin noch der Meinung, dass man lachen können muss, weil das Souveränität ist.«<sup>58</sup>

Damit sind alle Bausteine beisammen, um das Politische mit Bezug auf Arendt und Schmitt zu bestimmen. Arendts Fokus liegt auf dem innenpolitischen Bereich, wo die Partizipation das vorherrschende Element ist, denn solange von außen keine Entscheidung erzwungen wird, können die Beteiligten selbst darüber befinden, ob ihre politische Tätigkeit in eine solche Entscheidung münden soll oder ob sie sich mit dem reinen Vollzug zufriedengeben, der ihnen immerhin die Freiheit verbürgt. Selbstverständlich ist es in der realen Welt unwahrscheinlich, dass die Situationen lange auf sich warten lassen, in denen es zur Entscheidung kommen muss. Es wäre aber genauso einseitig, deswegen das Politische nur in die Entscheidung zu verlegen, wie Schmitt dies tut. Er fokussiert rein den außenpolitischen Bereich und auch hier nur die äußerste Dezision der Freund-Feind-Unterscheidung, ohne sich darum zu kümmern, wer sich auf welche Weise in die Lage versetzt hat, diese Dezision wirksam umsetzen zu können. Das nämlich ist der Aspekt der Partizipation.

Wie gezeigt worden ist, denken die beiden Autoren das jeweils andere Element implizit mit, weshalb die an sich so gegenteiligen Prinzipien der Partizipation und der Dezision im Rahmen des Politischen in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Die Diagnose der Komplementarität wird dadurch erhärtet, dass sie geeignet ist, die oben konstatierten Leerstellen in Bezug auf die konkrete Politik auszufüllen. Was die Arendt'schen Handelnden tun, wenn sie politisch tätig sind, wird spätestens in jenem Extremfall klar, in dem sie zu einer Entscheidung gezwungen werden. Im anderen Extremfall der reinen Dezision wird klar, dass der einsame

58 Arendt 2007, S. 15. Die Aussage belegt exemplarisch, wie nahe Arendts Vorstellungen zumindest unbewusst an Schmitts politischem Souveränitätsbegriff liegen. Ihre Ablehnung desselben begründet sie theoretisch mit einer Differenzierung von Wollen und Können, von denen Ersteres auf das Individuum beschränkt und damit notwendig unpolitisch sei, während sich Letzteres auf das gemeinsame politische Handeln beziehe (Arendt 2012, S. 213; Arendt 2008, S. 426). Ob diese Unterscheidung aufrechterhalten werden kann, also ein Können ohne vorgängiges Wollen vorstellbar ist, scheint zumindest sehr zweifelhaft. Einerseits wird noch im Denktagebuch der Wille in verschiedensten Kontexten behandelt, andererseits vertritt Arendt mit dem Neuanfang ein zentrales politisches Konzept, das mit seiner Kombination von absoluter Neuheit bei gleichzeitiger Einbettung im menschlichen Beziehungsgeflecht bis in die Wortwahl hinein der Schmitt'schen Souveränitätsidee ähnelt (ebd., S. 431; Arendt 2002 [1960], S. 215-217; Kalyvas 2004, S. 338, hat bereits auf die Doppeldeutigkeit in Bezug auf den Willen hingewiesen). Es erstaunt deshalb nicht, dass Arendt in ihrer geplanten Trilogie *Vom Leben des Geistes* der Teil über den Willen und das Wollen am schwersten gefallen ist (McCarthy 2008, S. 465).

Schmitt'sche Entscheider es geschafft hat, die politische Partizipation auf das Minimum des stillschweigenden Gehorsams zu reduzieren. Immer ist dabei zu beachten, dass die Integration die zwei Ebenen des Politischen berücksichtigt. Einerseits diejenige des politisch tätigen Individuums im Verbund mit anderen ebensolchen Individuen innerhalb derselben politischen Einheit, andererseits diese Einheiten untereinander. Auf beiden Ebenen muss Souveränität vorhanden sein in dem Sinne, dass jeder Akteur die letzte Verantwortung für sein Handeln trägt. Im Extremfall des »hier stehe ich und kann nicht anders« kann das durchaus die politische Existenz kosten, aber ohne die Zuschreibung von Souveränität kann es im Normalfall gar keine politischen Existenzen geben.

Das Politische ist deshalb zu bestimmen als die öffentliche Regelung der gemeinsamen Belange unter Maßgabe der Pluralität der Menschen. Das Kriterium der Pluralität mag auf den ersten Blick harmlos erscheinen, birgt aber tatsächlich den gesamten Sprengstoff, der im Bereich des Politischen immer wieder gezündet wird. Nur weil die Menschen im Plural existieren, können sie verschiedene Meinungen über dieselbe Sache haben. Nur weil die Menschen verschiedene Meinungen haben, entsteht die Notwendigkeit, einen Ausgleich zu finden, aber auch die Möglichkeit, gegen alle anderen auf der eigenen Meinung zu beharren. Das ist Souveränität. Und nur weil es Souveränität gibt, können Meinungsverschiedenheiten in handfeste Konflikte ausarten. Schließlich ist es nur diese Gefahr, die politische Einheiten entstehen lässt. Das Kriterium der Pluralität konstituiert demnach sowohl das politische Individuum als auch das politische Kollektiv und damit sowohl Innenpolitik als auch Außenpolitik. Beide Ebenen sind für einen umfassenden Begriff des Politischen unabdingbar.

Für die konkrete Politik ergibt sich daraus, dass sie als Minimalkonsens der gemeinsamen Belange die Existenz der an ihr Beteiligten und von ihr Abhängigen sichern muss. Alles Weitere ist optional und nur anhand normativer Kriterien einzurichten. So kann man mit Arendt argumentieren, der Raum der Freiheit müsse allen Interessierten offenstehen, und deswegen sei sicherzustellen, dass alle ihre Meinungen vor den anderen zur Geltung bringen können. Oder man argumentiert mit Schmitt, dass dem geschlossenen Auftreten gegen außen absolute Priorität vor internen Ränkespielen einzuräumen sei. Eines aber muss jede politische Einheit vor dem Hintergrund ihrer normativen Präferenzen und der gegebenen Umstände berücksichtigen: das rechte Verhältnis von Partizipation und Deziision.

## Literatur

- Arendt, Hannah 1948. *Sechs Essays*. Heidelberg: Lambert Schneider.
- Arendt, Hannah 2002 [1960]. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2003 a. *Denktagebuch. 1950-1973. Erster Band*, hrsg. v. Ludz, Ursula; Nordmann, Ingeborg. 2. Auflage. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2003 b. *Was ist Politik?* München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2003 c [1970]. *Macht und Gewalt*. 15. Auflage. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2003 d [1963]. *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. 12. Auflage. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2007. »Hannah Arendt im Gespräch mit Joachim Fest. Eine Rundfunksendung aus dem Jahr 1964«, hrsg. v. Ludz, Ursula; Wild, Thomas, in *hannaharendt.net* 3, 1, S. 1-15.

- Arendt, Hannah 2008. *Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen*. 4. Auflage, hrsg. v. McCarthy, Mary. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2009 [1955]. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. 13. Auflage. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2012. *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, hrsg. v. Ludz, Ursula. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2013 a [1965]. *Über die Revolution*. München, Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah 2013 b. *Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk*. 5. Auflage. München, Zürich: Piper.
- Bleicken, Jochen 1995. *Die athenische Demokratie*. 4. Auflage. Paderborn: Schöningh.
- Herberg-Rothe, Andreas 2004. »Hannah Arendt und Carls Schmitt – Vermittlung: von Freund und Feind«, in *Der Staat* 43, 1, S. 35-55.
- Jurkevics, Anna 2016. »Hannah Arendt liest Carl Schmitts *Der Nomos der Erde*: Ein Dialog über Gesetz und Geopolitik anhand ihrer Marginalien«, in *hannaharendt.net* 8, 1, S. 5-26.
- Kalyvas, Andreas 2004. »From the act to the decision: Hannah Arendt and the question of decisionism«, in *Political Theory* 32, 3, S. 320-346.
- Kalyvas, Andreas 2008. *Democracy and the politics of the extraordinary – Max Weber, Carl Schmitt and Hannah Arendt*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Marchart, Oliver 2010. *Die politische Differenz*. Berlin: Suhrkamp.
- McCarthy, Mary 2008. »Nachwort der Herausgeberin«, in *Hannah Arendt: Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen*. 4. Auflage, hrsg. v. McCarthy, Mary, S. 463-476. München, Zürich: Piper.
- Mehring, Reinhard 2009. *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall*. München: C. H. Beck.
- Meier, Christian 1983. *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Meier, Christian 1988. »Zu Carl Schmitts Begriffsbildung – Das Politische und der Nomos«, in *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt*, hrsg. v. Quaritsch, Helmut, S. 537-556. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mouffe, Chantal 2005. *On the political*. Abingdon: Routledge.
- Raimondi, Francesca 2014. *Die Zeit der Demokratie. Politische Freiheit nach Carl Schmitt und Hannah Arendt*. Konstanz: Konstanz University Press.
- Schlüter, André 1999. »Hannah Arendt als eine Theoretikerin der Ausnahme«, in *Berliner Debatte Initial* 10, 6, S. 84-94.
- Schmitt, Carl 1927. »Der Begriff des Politischen«, in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 58, 1, S. 1-33.
- Schmitt, Carl 1933. *Der Begriff des Politischen*. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Schmitt, Carl 1994 [1954]. *Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber. Gespräch über den neuen Raum*. Berlin: Akademie Verlag.
- Schmitt, Carl 1995. *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969*, hrsg. v. Maschke, Günter. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2005. *Frieden oder Pazifismus? Arbeiten zum Völkerrecht und zur internationalen Politik, 1924-1978*, hrsg. v. Maschke, Günter. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2006 [1921]. *Die Diktatur*. 7. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2009 a [1932]. *Der Begriff des Politischen*. 8. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2009 b [1922]. *Politische Theologie*. 9. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2010. *Tagebücher 1930 bis 1934*, hrsg. v. Schuller, Wolfgang (in Zusammenarbeit mit Gerd Giesler). Berlin: Akademie Verlag.
- Schmitt, Carl 2011 [1950]. *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*. 5. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2014 [1927]. *Volksentscheid und Volksbegehren*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl 2016 [1923]. *Römischer Katholizismus und politische Form*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schmitt, Carl; Feuchtwanger, Ludwig 2007. *Briefwechsel 1918-1935*, hrsg. v. Rieß, Rolf. Berlin: Duncker & Humblot.

- Schmitt, Carl; Forsthoff, Ernst 2007. *Briefwechsel Ernst Forsthoff – Carl Schmitt (1926-1974)*, hrsg. v. Mußgnug, Dorothee; Mußgnug, Reinhard; Reinthal, Angela. Berlin: Akademie Verlag.
- Schmitt, Carl; Mohler, Armin 1995. *Carl Schmitt – Briefwechsel mit einem seiner Schüler*, hrsg. v. Mohler, Armin. Berlin: Akademie Verlag.
- Schmitt, Carl; Muth, Carl 1998. »Der Briefwechsel zwischen Carl Muth und Carl Schmitt«, in *Politisches Denken. Jahrbuch*, hrsg. v. Ballestrem, Karl Graf; Gerhardt, Volker; Ottmann, Henning; Thompson, Martyn P., S. 127-159. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler.
- Schmitt, Carl; Rumpf, Michael 2014. »Briefwechsel Michael Rumpf – Carl Schmitt«, hrsg. v. Rumpf, Michael, in *Schmittiana. Neue Folge: Beiträge zu Leben und Werk Carl Schmitts*, Band II, hrsg. v. d. Carl-Schmitt-Gesellschaft, S. 275-286. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl; Smend, Rudolf 2012. »Auf der gefahrenvollen Straße des öffentlichen Rechts«. *Briefwechsel Carl Schmitt – Rudolf Smend 1921-1961*, hrsg. v. Mehring, Reinhard. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sluga, Hans 2008. »The pluralism of the political: from Carl Schmitt to Hannah Arendt«, in *Telos* 142, S. 91-109.
- Straßenberger, Grit 2015. *Hannah Arendt zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Straßenberger, Grit; Münkler, Herfried 2007. »Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft«, in *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, hrsg. v. Buchstein, Hubertus; Göhler, Gerhard, S. 45-79. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vollrath, Ernst 2003. *Was ist das Politische? Eine Theorie des Politischen und seiner Wahrnehmung*. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Walter, Marco 2015. »Partizipation oder Dezision? Zur Konkurrenz zweier Paradigmen des Politischen«, in *Theorie und Kritik*, hrsg. v. Gasteiger, Ludwig; Grimm, Marc; Umrath, Barbara, S. 133-155. Bielefeld: transcript.
- Walter, Marco 2016. »Macht braucht Entscheidung. Eine Revitalisierung von Hannah Arendts Machttheorie«, in *Macht. Aktuelle Perspektiven aus Philosophie und Sozialwissenschaften*, hrsg. v. Roth, Philipp, S. 89-108. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Young-Bruhl, Elisabeth 2015. *Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit*. 4. Auflage. Frankfurt a. M.: Fischer.

Archivalien: Die verwendeten Archivalien Hannah Arendts beziehen sich auf ihre Bibliothek, die am Bard College in Annandale-on-Hudson im US-Bundesstaat New York aufbewahrt und dort laufend öffentlich zugänglich gemacht wird: [www.bard.edu/arendtcollection/marginalia.htm](http://www.bard.edu/arendtcollection/marginalia.htm) (Zugriff vom 07.09.2016). Auf die dortigen Marginalien wird mit den Literaturangaben des jeweils kommentierten Titels verwiesen.

Die Materialien zu Carl Schmitt liegen im Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, in Duisburg. Auf sie wird entsprechend der dortigen Signaturen mit RW 265- und der dazugehörigen Nummer verwiesen.

**Zusammenfassung:** Hannah Arendt und Carl Schmitt haben sich gleichermaßen intensiv und wirkmächtig mit dem Begriff des Politischen auseinandergesetzt. Da Arendt den Fokus auf die Partizipation legt, bleibt ihre Perspektive wesentlich innenpolitisch, während Schmitts Präferenz für die Dezision die Außenpolitik erfasst. Beide Ansätze stehen deshalb in einem komplementären Verhältnis, und ein umfassender Begriff des Politischen muss sie gleichermaßen integrieren.

**Stichworte:** Politische Theorie, Hannah Arendt, Carl Schmitt, Das Politische, Partizipation, Dezision

### The political – a definition with Hannah Arendt and Carl Schmitt

**Summary:** Hannah Arendt and Carl Schmitt were both deeply and influentially concerned with the notion of the political. Since Arendt's focus was on participation, her perspective remains in the realm of domestic affairs, while Schmitt with his preference for the decision captures only foreign affairs. The two concepts are therefore complementary and need to be integrated in order to develop a comprehensive notion of the political.

**Keywords:** political theory, Hannah Arendt, Carl Schmitt, the political, participation, decision

#### Autor

Marco Walter  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Sozialwissenschaften  
Lehrbereich Theorie der Politik  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
marco.walter@sowi.hu-berlin.de